

Beinhardt, Gerd

**Article — Digitized Version**

## Japans Stellung in der Weltwirtschaft und zur EWG

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Beinhardt, Gerd (1972) : Japans Stellung in der Weltwirtschaft und zur EWG, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 3, pp. 138-142

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134375>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Japan's Stellung in der Weltwirtschaft und zur EWG

Gerd Beinhardt, Brüssel

In den letzten beiden Jahren sind für die Europäischen Gemeinschaften und für Japan einige sehr bedeutsame Ereignisse eingetreten:

In Europa nimmt die Gestaltung der Handelsbeziehungen im Rahmen der erweiterten Gemeinschaften und gegenüber den Rest-EFTA-Partnern immer definitivere Züge an, womit sich deutlicher als bisher die Dreieckskonstellation der großen Wirtschaftsblöcke diesseits und jenseits des Atlantiks sowie in Fernost mit all ihren gesteigerten Verantwortlichkeiten abzeichnet;

konjunkturpolitisch sehen die Gemeinschaft und Japan Belastungen entgegen, die vor allem für den fernöstlichen Partner nach der 20jährigen beispiellosen Wachstumsperiode durchaus ungewohnt sind;

die Bemühungen der Vereinigten Staaten zur Sanierung ihrer Zahlungsbilanz haben beiden Partnern handels- und währungspolitische Zugeständnisse abverlangt und das gemeinsame Interesse am freien Welthandel verstärkt ins Bewußtsein gerufen;

im Fernen Osten hat schließlich die durch den UNO-Beitritt gekrönte diplomatische Aktivität der Volksrepublik China zu einer Neubewertung des Koordinatensystems geführt, die für jeden der beiden Partner, vor allem aber für Japan, von ganz weittragender Bedeutung sein wird.

### Verfehlte Wachstumsschätzungen

All diese Probleme mögen zwar auch schon 1969 ihre Schatten vorausgeworfen haben. Sie wurden

*Dr. Gerd Beinhardt, 36, ist Hauptverwaltungsrat in der EWG-Kommission und befaßt sich mit Grundsatz- und Einzelfragen der gemeinsamen Handelspolitik, insbesondere gegenüber dem Fernen Osten.*

aber eindeutig überdeckt durch die Wachstumseuphorie hinsichtlich der Weiterentwicklung der japanischen Wirtschaft, die sich damals auf ihrem Höhepunkt befand. Angespornt durch staatliche oder halbamtliche japanische Langzeitprogramme, in denen – wie eine Voraussage des japanischen Finanzministeriums vom März 1969 zeigt – reale BSP-Wachstumsschätzungen von 10 % und mehr über mehrere Dezennien hinweg keine Seltenheit waren<sup>1)</sup>, konzentrierten sich Wirtschaftler und Fachjournalisten sowie Futurologen darauf, zu ergründen, wann Japan das „reichste Land der Welt“ (BSP pro Kopf) wird und wann es auch in absoluten BSP-Werten in der Welt an erster Stelle liegen würde.

Ausgangspunkt für diese Langzeitprognosen war natürlich das ebenso spektakuläre wie konstante Wirtschaftswachstum, das Japan in einem unvergleichlichen Wachstumsprozeß nach dem Zweiten Weltkrieg in den engsten Kreis der wichtigsten Weltwirtschaftsmächte geführt hat. Es lohnt sich, dieses Wachstumsphänomen näher zu untersuchen. Wenn sich mittlerweile auch herausgestellt hat, daß die zu ausschließliche und unkritische Weiterführung bisheriger Wachstumsraten über längere Zeiträume hinweg doch etwas zu gewagt ist, so ist dennoch die Bestandsaufnahme und Analyse des bisherigen Wirtschaftsaufschwungs natürlich nach wie vor der wichtigste Ansatz- und Ausgangspunkt für die Beurteilung des Standes und der weiteren Entwicklung der japanischen Wirtschaft.

### Beispielloser Produktionsboom

Zunächst gibt es in Japan einzigartige Wachstumsvoraussetzungen, die gewöhnlich mit bemerkenswerter Arbeitsdisziplin, besonderer Bereitschaft zum Konsumverzicht, technischer Geschicklichkeit, technologischer Begabung, besonders effizienter

<sup>1)</sup> Der Vollständigkeit halber muß aber auch gesagt werden, daß die gleichen Stellen vorher Zwanzig-Jahre-Vorausschätzungen abgaben, die sich regelmäßig als zu bescheiden erwiesen.

wirtschaftlicher Globalsteuerung usw. umschrieben werden und die sich in einem eindrucksvollen Zahlenbild widerspiegeln. So ist in Japan der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BSP von 19,8 % 1955 auf 35,6 % 1970 stetig gestiegen, während er in einer Reihe von anderen Industrieländern im Vergleichszeitraum auf einem erheblich niedrigeren Niveau (USA: ca. 15 %, BRD: ca. 23 %, Italien: 20 %) im wesentlichen konstant blieb. Weiter stieg in Japan die Sparrate (persönliche Ersparnisse / persönliches verfügbares Einkommen) von 13,4 % 1955 auf 19,3 % 1970 an, obwohl im Vergleichszeitraum der Zinssatz für Bankeinlagen regelmäßig einige Punkte unter der Inflationsrate (Jahresdurchschnitt der Verbraucherpreissteigerungen von 1965 bis 1970 rd. 5 %) lag. Schließlich lag auch die Jahresproduktivitätsrate (1955–1970 ca. 9 % im Jahresdurchschnitt) erheblich über entsprechenden Wachstumsraten vergleichbarer Industrieländer.

Durch diese außerordentlich günstigen Voraussetzungen wurden besonders eindrucksvolle Ergebnisse möglich. So sind das japanische BSP seit 1955 in mehreren Zyklen real im Jahresdurchschnitt um ca. 11 % (1955–1961: 10,7 %; 1961–1965: 8,6 %; 1965–1969: 12,5 %), die Industrieproduktion um über 20 % gestiegen. Japan ist heute darüber hinaus in einer Reihe von zum Teil durchaus wachstumsträchtigen Fertigungsbereichen (Schiffbau, Motorräder und Nutzkraftfahrzeuge, Nähmaschinen, Photoapparate usw.) weltwichtigster Produzent und/oder Exporteur. Und auch bei der Inanspruchnahme einer Reihe von langlebigen Gebrauchsgütern des gehobenen Lebensstandards kann sich Japan durchaus mit hochentwickelten westlichen Industrieländern messen. In knapp 20 Jahren ist Japan also der Sprung vom lohnintensiven Niedrigpreisproduzenten zum hochindustrialisierten und damit kapitalintensiven, aber ebenfalls sehr wettbewerbsfähigen Wirtschaftsgiganten gelungen. Die Rechnung für diese Expansion „um jeden Preis“ wird Japan nun gleich von mehreren Seiten präsentiert.

#### Wachstumsgrenzen

In den Industriezonen, also insbesondere in der Region Tokio–Osaka, in der fast 50 Mill. der Landesbevölkerung wohnen, nimmt die Umweltverschmutzung und -vergiftung einen Grad an, der die

Grenze der Gesundheitsbedrohung längst überschritten hat und die der Lebensgefährdung in immer häufigeren Fällen erreicht. Staat und Industrie werden daher in bisher in Japan nicht gekanntem Ausmaß Mittel bereitstellen müssen, um Immissionsünden aus der Vergangenheit nach Möglichkeit zu korrigieren und um bei Neuinvestitionen den unerläßlichen Umweltschutz zu gewährleisten.

Nicht nur vom Finanzierungsspielraum, sondern auch von der Nachfrageseite her wird auf die güterproduzierende Industrie dämpfend eingewirkt. Hier manifestiert sich seit ca. einem Jahr zunächst ein Rückgang der Nachfrage in Japan selbst, für den mehrere Gründe maßgebend sind: einmal ein höheres Konsumbewußtsein, zum anderen eine Sättigung des Bedarfs bei einigen langlebigen Verbrauchsgütern, und zwar teilweise auf sehr hohem Niveau (Unterhaltungsindustrie), teilweise auf einem niedrigeren Niveau (Personenkraftwagen), soweit es an der nötigen Infrastrukturerschließung fehlt.

Daneben trafen aber vor allem die von Präsident Nixon am 15. 8. 1971 eingeführten bzw. angekündigten Maßnahmen Japan wie ein Schock. Denn Japan übernahm in der Tat seit den fünfziger Jahren in zunehmendem Maße die Versorgung des US-Marktes mit Verbrauchsgütern mit hohem Lohnanteil (Keramik, Schneidwaren und Bestecke, Textil, Feinmechanik und Optik) und war seit einigen Jahren zunehmend im Begriff, auch den US-Markt für kapitalintensivere Konsum- und zum Teil auch schon Investitionsgüter zu erobern (elektronische Rechenggeräte, Unterhaltungselektronik, Personenkraftwagen usw.). Ausdruck fand diese Entwicklung in der US-japanischen Handelsbilanz, in der seit 1968 konstant japanische Überschüsse auftraten (1968: 559 Mill. US-\$; 1969: 868 Mill. US-\$; 1970: 394 Mill. US-\$; 1. Halbjahr 1971: 701 Mill. US-\$), die zunehmend strukturellen Charakter gewannen.

Die interne sowie die vom Ausland herbeigeführte Dämpfung der Nachfrage hat somit zur Drosselung von Produktionszielen und zu einer Stagnation des Wirtschaftswachstums geführt, wie sie Japan seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gekannt hat: Die Rohstahlerzeugung lag im Fiskaljahr 1970 bei 93 Mill. \$ und blieb damit erheblich hinter den Produktionsplänen zurück (1969: 82 Mill. t Produktion gegen-

# VEREINSBANK IN HAMBURG

Zentrale: Hamburg 11 · Alter Wall 20-30 · Telefon 36 10 61

ÜBER 60 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

über 84 Mill. t Vorausschätzung); die hochgesteckten Ziele von 150 Mill. t im Jahr 1975 sind mittlerweile auf ca. 120 Mill. t zurückgeschraubt worden. Der Index der industriellen Produktion (1965 = 100), der im Dezember 1970 noch bei 231,6 lag, ist bis August 1971 auf 227,8 zurückgefallen. Das reale BSP, das im letzten Quartal 1970 noch 161 Mrd. Yen betrug, stagnierte im ersten und zweiten Quartal 1971 bei jeweils 138 Mrd. Yen. Damit steht fest, daß die Wachstumsprognosen jedenfalls für das Jahr 1971 auch nicht entfernt eingehalten werden können.

### Konjunkturelle Wiederbelebung ab 1972

Wie die wirtschaftliche Entwicklung in Japan und die der japanisch-europäischen Handelsbeziehungen in Zukunft verlaufen werden, ist schwer vorherzusagen. Das spekulative Moment dabei fällt natürlich besonders zu einem Zeitpunkt ins Auge, in dem die Entwicklung die gegebenen Japan-Prognosen in besonderem Maße als fragwürdig erscheinen läßt. Dennoch sollte es erforderlich und auch möglich sein, empirisch und auf der Basis gesicherter Erkenntnis einige globale Trends kurz- und mittelfristig weiterzuvorforschen, die die Entwicklung in der näheren Zukunft wesentlich prägen werden.

Einmal bestände die Möglichkeit, daß Japan sich in wenigen Jahren produktionsvolumen- wie kostenmäßig auf dem Niveau wichtiger westlicher Wirtschaftsböcke einpendelt – womit die Zusammenarbeit mit Japan im klassischen Schema des Freihandels und der internationalen Arbeitsteilung fortzusetzen wäre. Zu viele Erwägungen sprechen indessen gegen diese Entwicklung, als daß sie in absehbarer Zukunft als wahrscheinlich erschiene.

In konjunktureller Sicht hatte die Aufgabe der Politik des knappen Geldes Ende 1970 schon im Sommer 1971 zu einer leichten Erholung geführt (Anstieg des Index der industriellen Produktion von 223 Januar 1971 auf 236 September 1971). Gegen Ende 1971 erfolgte dann aber wieder ein Rückschlag, der sich im Produktionsindex (Oktober 1971: 230,7), im Auftragsvolumen sowie bei einigen weiteren Indikatoren manifestiert. Dennoch dürfte durch die Niedrigzins-Politik (Diskontsatz Anfang 1972: 4,75 %) im Verein mit einer starken Budgetausweitung (1972/71: Erhöhung um 21 %) auf etwas längere Sicht die japanische Konjunktur erfolgreich wiederangekurbelt werden. Auch die Economic Planning Agency sieht in einer Analyse von Oktober 1971 etwa ab Sommer 1972 eine erfolgreiche Wiederbelebung des Wirtschaftsgeschehens voraus. Für 1972 rechnen öffentliche und private Schätzungen mit einer BSP-Zunahme (real) um 7,7 %, für 1973 um ca. 10 %.

Aber auch was die Stabilität der Preise betrifft, sprechen gewichtige Gründe dafür, daß sich die internationale japanische Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen dieses erneuten Konjunkturaufschwungs eher noch verbessern als verschlechtern wird. So dürfte Japan auch in absehbarer Zukunft insbesondere über einen überdurchschnittlich hohen Produktivitätszuwachs verfügen, der sich aus der nach wie vor ausgeprägten Arbeitsdisziplin, aus weiteren Möglichkeiten des Übergangs zu kapitalintensiver Produktion (bei weiterbestehenden überdurchschnittlichen Sparraten), aus verstärkter Auslagerung lohnintensiver Fertigungsstufen in andere (fern-)östliche Niedriglohnländer, aus der oftmals günstigen Rohstoffversorgung, aus den Maßnahmen der industriellen und regionalen Strukturpolitik (Konzentrationsförderung im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe; Rationalisierung des Dienstleistungsgewerbes; Verbesserung des Informationsflusses, erhöhte Mobilität von Arbeitskräften usw.) sowie aus den strukturverbessernden Impulsen ergibt, die für Japan aus der zunehmenden Liberalisierung der Waren- und Kapitaleinfuhr resultieren werden.

Ohne daß eine Quantifizierung im einzelnen möglich wäre, ist damit zu rechnen, daß diese die Wettbewerbsposition fördernden Maßnahmen bei weitem die aus der nunmehr erfolgten Yen-Aufwertung (der ersten seit April 1949) und dem eventuellen Abbau von Exportförderungsmaßnahmen resultierenden Belastungen überwiegen werden. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß die Wettbewerbsposition es schon heute gestattet, in einer Reihe von Fällen die aus der Aufwertung herrührende Belastung ganz oder teilweise auf den Preis zu überwälzen. Ferner muß beachtet werden, daß eine Aufwertung einem Rohstoffimporteur von der Bedeutung Japans natürlich auch eine erhebliche Verbilligung der Rohstoffversorgung mit sich bringt.

### Außenhandel als Existenzfrage

Daher ist die Frage, ob sich Japan im Konzert der internationalen Wirtschafts- und Handelsmächte auf Kollisionskurs begeben wird, unverändert aktuell. Dagegen sprechen jedoch gewichtige, ja überzeugende Gründe.

Grundsätzlich ist ein funktionierender Außenhandel für ein Land, dessen Anteil der Rohstoffeinfuhren an den Gesamteinfuhren (1970: ca. 55 %) noch erheblich größer ist als in der Gemeinschaft (1970: 20 %) und das eine durchaus ausgeprägte Außenhandelsorientierung aufweist (Verhältnis der Ausfuhren zum BSP 1970: 10 %), schlechtweg eine Existenzfrage. Die Folgen, die sich daraus für den Außenwirtschaftskurs ergeben, erfordern einen kurzen Rückblick auf die Situation der fünfziger und sechziger Jahre. Japan litt nach dem Zweiten

Weltkrieg an einem chronischen Devisenmangel. Die Einfuhren hatten reine Komplementärfunktion, wurden also zur Rohstoffversorgung und zur Einfuhr von erforderlichen Fertigwaren genehmigt, soweit und solange diese nicht im Lande selbst hergestellt werden konnten. Geographisch fächerte sich der Außenhandel in einer Weise auf, die durchaus Parallelen zum EWG-Außenhandel hat: ein hoher US-Anteil an den Ein- und Ausfuhren, ein bescheidener Ostblock-Anteil (der aber schnell wächst) und ein hohes Defizit gegenüber den Rohstofflieferanten (Entwicklungsländer).

#### **Integration in die Weltwirtschaft**

Diese Situation hat sich Ende der sechziger Jahre wegen der mittlerweile erlangten Wirtschafts- und Wettbewerbskraft entscheidend verändert. Es kam zu steigenden Überschüssen in der japanischen Handels- und Zahlungsbilanz<sup>2)</sup>, zur Versorgung von Drittlandsmärkten durch japanische Erzeugnisse in immer größerem Maße und zu negativen Drittlandsreaktionen auf das weitere Fernhalten von Auslandsinvestitionen vom heimischen Markt

<sup>2)</sup> Gold- und Devisenreserven Anfang 1972: 15 Mrd. US-\$, Handelsbilanzüberschuß 1971 ca. 4 Mrd. US-\$.

usw. Japan hat in Regierungserklärungen und -beschlüssen seit 1967 die Konsequenzen aus dieser veränderten Situation gezogen und die schrittweise Integration der nationalen Wirtschaft in die Weltwirtschaft vorbereitet.

Dabei sind bemerkenswerte Ergebnisse beim Abbau der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen (Zahl der Restbeschränkungen zum 1. 10. 1971: 40 von 1097 Zollpositionen) und durch die Gewährung allgemeiner Zollpräferenzen gegenüber den Entwicklungsländern zum 1. 8. 1971 erzielt worden. In Einzelfällen sind auch weitere Zollsenkungen des im Durchschnitt relativ hohen Einfuhrzolltarifs (Durchschnittshöhe: 9,7 %; EWG: 6,0 %) vorgenommen worden. Im Investitionsbereich ist der Liberalisierungsprozeß im Gange. Zwar sind in vier Liberalisierungstranchen bisher mit Ausnahme von 7 Kategorien (z. B. Land- und Forstwirtschaft, Öl, Elektronik, Leder) alle Unternehmensbereiche ausländischen Investoren zugänglich gemacht worden. Jedoch ist die ausländische Kapitalbeteiligung hier oftmals auf 50 % begrenzt, bei Beteiligungen an schon bestehenden Unternehmen gar generell nur auf 25 % (bei 10 % individueller Höchstbeteiligung), und auch hinsichtlich der sachlichen Moda-

---

**VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG**

---

## **HANDBUCH DER EUROPÄISCHEN SEEHÄFEN**

Herausgegeben von Horst Sanmann

### **NEUERSCHEINUNG:**

**Bd. IX**

## **DIE SEEHÄFEN IN ITALIEN**

von Lothar L. V. Jolmes

Die vorliegende Studie gibt einen umfassenden und detaillierten Überblick über die Seehäfen Italiens, wie er in dieser Geschlossenheit bisher nicht vorlag. Neben der Analyse des Güter- und Schiffsverkehrs finden die technischen Hafenfazilitäten und die ökonomischen Funktionen der einzelnen Seehäfen besondere Beachtung. Der Wert dieser Analyse beruht sowohl auf der schwerpunktmäßigen Behandlung der Großhäfen als auch auf der zusätzlichen Berücksichtigung mittlerer und kleiner Häfen. Das umfangreiche Zahlenmaterial stellt eine Fundgrube für Wissenschaftler und Praktiker gleichermaßen dar.

Großoktav, 200 Seiten, 1972, Gln. DM 89,—

**VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG**

litäten der Beteiligungen bestehen häufig gewichtige Einschränkungen.

Auch das Bild der japanischen Investitionen im Ausland dürfte sich verändern. Hatte Japan bisher im Rahmen einer weitvorausschauenden, umfassenden Rohstoffversorgungspolitik seinen Schwerpunkt insbesondere auf die langfristige Sicherung von Rohstoffbasen (Eisenerz, NE-Metalle usw.) gelegt, auf die 1969 48 % der japanischen Drittlandsinvestitionen entfielen, so dürfte in Zukunft neben diesen Investitionen japanischen Beteiligungen in westlichen Industrieländern, zunehmend wohl auch in der erweiterten Gemeinschaft, erhöhte Bedeutung zukommen. Gründe und Erfordernisse moderner internationaler Wirtschaftszusammenarbeit werden dafür ebenso von Bedeutung sein wie der Zwang zur Entlastung der wohl weiterhin stark überschüssigen Zahlungsbilanz.

#### **Ansätze zur präventiven Kooperation**

Als letztes großes Problem bleibt damit die Frage, wie Japan in Zukunft seine Waren unter den Gesichtspunkten von Menge und Preis anbieten wird. Japan wird sicherlich auch in Zukunft seine Produktion mit großem Erfolg optimieren. Andererseits hat sich spätestens am 15. 8. 1971 gezeigt, daß dem Absatz dieser Produktion auf dem Weltmarkt Schranken gesetzt sind, wobei die Frage eventueller von den Vereinigten Staaten nach Europa umgeleiteter Japan-Exporte gegenwärtig weder quantitativ noch qualitativ genügend übersehen werden kann; 1971 ist die Steigerungsrate der EWG-Einfuhr aus Japan mit ca. 24 % jedenfalls gegenüber 1970 (35 %) beträchtlich zurückgegangen.

Die Handelspartner Japans verfügen natürlich gegen eine zu starke Steigerung japanischer Exporte über das klassische autonome handelspolitische Schutzinstrumentarium (Einfuhrverbot, -kontingent, -überwachung usw.). Die Problematik dieses Instrumentariums wird jedoch zunehmend erkannt: Grundsätzlich widersprechen solche Schutzmaßnahmen natürlich dem Prinzip des Freihandels; oftmals steht auch der Aufwand nicht im rechten Verhältnis zum Erfolg, und zwar insbesondere bei nichtdiskriminierender Anwendung und im Hinblick auf zu erwartende Kompensationsmaßnahmen; schließlich verursachen diese rein repressiv wirkenden Schutzmaßnahmen in Produktion und Handel fehlgeleitete Investitionen, die man besser zu vermeiden trachtet. Für die Zukunft sollte daher das Schwergewicht mehr auf Formen einer eher präventiven Zusammenarbeit gelegt werden.

Ansätze für eine japanische Bereitschaft zu solchem Zusammenwirken sind durchaus vorhanden, wie z. B. die schon seit längerer Zeit insbesondere mit

den Vereinigten Staaten und mit den europäischen Ländern vereinbarten Ausfuhrselbstbeschränkungen für bestimmte sensible Produkte zeigen. Auch die EWG hat mit Japan am 7. 2. 1972 ein Ausfuhrselbstbeschränkungsabkommen für den Handel mit Baumwolltextilerzeugnissen unterzeichnet. Eine Weiterentwicklung dieser Kooperationsmodelle kommt in den japanischen Bestrebungen zum sogenannten „orderly marketing“ zum Ausdruck, einem Begriff, der insbesondere auch zwischen Behörden der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten sowie den europäischen Industrieverbänden einerseits und dem japanischen Industrieverband Keidanren andererseits Ende Oktober 1971 in sehr konstruktivem Geiste erörtert worden ist.

#### **Ein Japan-EWG-Abkommen ist notwendig**

Viele Einzelheiten dieser Kooperation, insbesondere auch Fragen der Verhandlungsführung und der Beteiligung an Verhandlungen, werden noch zu klären sein. Andere Probleme, vor allem die Frage der Marktbedrohung, -gefährdung und -zerüttung und der gebotenen Hilfsmaßnahmen werden regelmäßig nur im konkreten Fall lösbar sein. Eine Leitlinie für diese modernen Kooperationsabreden sollte indes schon heute Anerkennung finden. Da diese Abkommen ebenso wie die klassischen Schutzmaßnahmen, wenn auch in viel subtiler Weise, in den freien Fluß der Güter eingreifen, sollten sie keinesfalls die Regel werden, sondern auf unabdingbare und wenige Ausnahmefälle beschränkt bleiben. Wo sie aber erforderlich sind, sollten sie strukturverbessernd wirken – der schmale Pfad zwischen der Konservierung überholter Strukturen einerseits und der Strukturzerstörung andererseits sollte also begangen werden.

Eine Verständigung über diese moderne Form der Wirtschafts- und Handelskooperation bei Wahrung der überkommenen Schutzmechanismen, deren Bedeutung mehr juristisch-theoretischer Natur wäre, wenn die Kooperation funktioniert, würde schließlich auch den Weg freimachen für ein allgemeines Handelsabkommen zwischen der EWG und Japan. Durch solch ein Handelsabkommen würden die seit dem 1. 1. 1970 unverändert weiterlaufenden Abkommen der Mitgliedstaaten abgelöst und die Wirtschafts- und Handelskooperation der Gemeinschaft mit dem fernöstlichen Konkurrenten und Partner auf die gebotene zeitgemäße Basis gebracht werden. Ein solches Abkommen ist heute im Interesse der Regelung der gegenseitigen Handelsfragen und zur Bereinigung von auftretenden Schwierigkeiten sowie aber auch als Stütze und Impuls für die liberalen Tendenzen in dem heute verstärkt vom Gespenst des Protektionismus bedrohten Welthandel erforderlicher denn je.